Landtag von Sachsen-Anhalt

Drucksache 7/262
24.08.2016

Entschließungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Entwurf eines Fünften Medienrechtsänderungsgesetzes

Gesetzentwurf Landesregierung - **Drs. 7/44**

Beschlussempfehlung Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien - **Drs. 7/252**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt die im Neunzehnten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge, Artikel 4 Änderung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages vorgesehenen Erleichterungen insbesondere für Kindertagesstätten, Schulen und soziale Einrichtungen hinsichtlich des Umfangs der zu entrichtenden Rundfunkbeiträge als Schritte in die richtige Richtung.

2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, in künftigen Verhandlungen darauf hinzuwirken, dass für Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen anerkannter Träger der Kinder- und Jugendhilfe keine Rundfunkbeiträge mehr entrichtet werden müssen.

Begründung

Die Fraktion DIE LINKE lässt sich davon leiten, dass die Möglichkeit des Empfangs von öffentlich-rechtlichen Rundfunkangeboten ein wichtiger Bestandteil sowohl der pädagogischen Arbeit an Schulen, Kindertagesstätten und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe mit Kindern und Jugendlichen als auch der Qualifikation und Information der dort beschäftigten Fachkräfte sein kann. Deshalb besteht ein inhaltlich begründetes Interesse, die dafür erforderlichen Bedingungen günstig zu gestalten. Darüber hinaus geht die einbringende Fraktion davon aus, dass die in den genannten Einrichtungen vom Angebot des öffentlich-rechtlichen Rundfunks Profitierenden, bereits an einem Rundfunkbeitrag beteiligt sind, da ihre Erziehungsberechtigten oder sie selbst in ihrem Wohnbereich zum Beitrag verpflichtet sind.

(Ausgegeben am 24.08.2016)

Ausgehend von diesen Erwägungen hält es die Fraktion DIE LINKE für geboten, dass sich die Landesregierung insbesondere in den genannten Bereichen für eine Gebührenfreiheit einsetzt.

Eine solche Gebührenbefreiung wäre zugleich ein Schritt zur Entlastung der Kommunen, die Träger zahlreicher dieser Einrichtungen sind, und mittelbar ein Schritt hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit, wenn der Gebührendruck auf Kindertagesstätten sowie auf Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe sinkt.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender